

CITIZEN

WIRTSCHAFTSMISSION

Kein Business um jeden Preis - auch nicht in Tunesien

Transfair/woxx

Die Glaubwürdigkeit der Kooperationspolitik scheint erschüttert, wenn es der Wirtschaftspolitik nur ums Geschäft geht.

Die „Assises de la Coopération“ im September 2010 standen im Zeichen der Kohärenz aller Politikbereiche. Damit hat die „Coopération luxembourgeoise“ eine wesentliche Frage der Glaubwürdigkeit unserer Kooperationspolitik gegenüber den Wirtschaftsinteressen und anderen Politikbereichen thematisiert.

Die rezenten Äußerungen des Wirtschaftsministers im Kontext einer geplanten Wirtschaftsmission nach Tunesien zeigen jedoch, dass es mit der Kohärenz nicht gut bestellt ist. Wenn

in Wirtschaftsbelangen ethische Kriterien zur Anwendung kämen, so der Wirtschaftsminister anlässlich der „Journée de l'ingénieur“, dann würden andere das Geschäft machen.

Forderungen der luxemburgischen Kooperationspolitik nach guter Regierungsführung und demokratischen Spielregeln gegenüber Partnerländern im Süden zählen mithin nicht, wenn es um wirtschaftliche Interessen Luxemburgs geht.

Diese Haltung des „Business um jeden Preis“ ungeachtet von undemokratischen, repressiven oder diktatorischen Zuständen in den Zielländern der Wirtschaftspolitik steht in klarem Widerspruch zu den Zielen der Kooperationspolitik.

Handel und soziale respektiv demokratische Kriterien sind jedoch miteinander vereinbar. Auch in Tunesien. Dort setzen die Partnerorganisationen des fairen Handels wie zum Beispiel Groupement d'Intérêt Collectif de Dergine oder das Groupement d'intérêt collectif Barghoutia in dieser Hinsicht klare Zeichen. Hier haben sich Kleinbauern in Kooperativen oder Verbänden organisiert. Diese werden demokratisch verwaltet und gehören den Produzenten und Produzentinnen. Der Mindestpreis wird direkt an die Bauern-Kooperativen ausgezahlt. Zusätzlich zum Mindestpreis muss eine Fairtrade-Prämie bezahlt werden. Diese muss von der Kooperative oder dem Verband der Kleinbauern für so-

ziale und ökonomische Projekte eingesetzt werden, die der Gemeinschaft zu Gute kommen. Im Sinne einer größeren Kohärenz im Hinblick auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Süden sollten auch:

- soziale, ökologische und demokratische Prinzipien, wie sie im fairen Handel auch in Tunesien (und 59 anderen Ländern des Südens) gelten, eine Rolle spielen.

- die einzelnen Politikbereiche entsprechend dem Anspruch im „Comité interministériel sur la coopération au développement“ besser vernetzt werden. Laut Regierungsprogramm soll unter anderem mit dem verstärkten Einkauf von Produkten des Fairen Handels „eine gerechtere Einbindung der so genannten Entwicklungsländer in den internationalen Markt angestrebt“ werden. Dieser vorbildliche Ansatz beim öffentlichen Einkauf sollte auch bei luxemburgischen Wirtschaftsmissionen zum Einsatz kommen.

OFFENER BRIEF

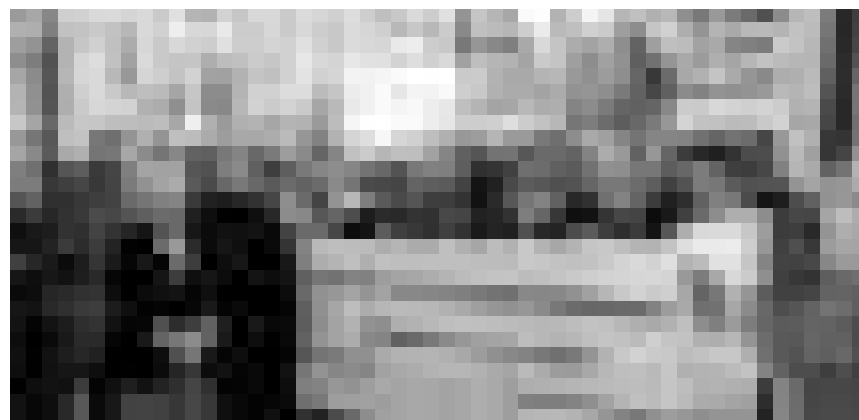
Quoten in der Wirtschaft - und in der Politik?

(Cid-femmes)

Quoten helfen, Parität zu schaffen. Quoten dienen dazu, die Partizipation von Frauen voranzubringen. Und das nicht nur in der Wirtschaft.

Gratulation, Frau Ministerin, zu Ihrer Absicht, mittels Quoten mehr Frauen in die Vorstände und Aufsichtsräte der Unternehmen zu bringen (s. Luxemburger Wort vom 23.1.2011)!

In Ihrem Interview geben Sie eine klare Marschrichtung vor: Frauenquoten für Aufsichts- und Verwaltungsräte von Unternehmen werden 2014 kommen, wenn die Unternehmen bis dahin nicht selbst aktiv werden und den mageren Frauenanteil in ihren Entscheidungsgremien nicht selbst erhöhen. Bravo! Das Vorbild Norwegen hat gezeigt, dass es der Methode „Zuckerbrot und Peitsche“ bedarf, wenn sich etwas ändern soll. Es gibt qualifizierte und interessierte Frauen für Entscheidungsstellen, und wenn der Wille (oder der Zwang) für die Unternehmen da ist, können Frauen auch



auf den Chefesseln Platz nehmen und ihre Sachkenntnis einbringen. Das nennt man Valorisierung von Humankapital oder auch Positive Diskriminierung, deren Ziel es ist, über zeitlich begrenzte Maßnahmen die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen zu erreichen. Manche mögen auch argumentieren, dass weibliche Einstellungen und Handlungsweisen die männlich geprägten Entscheidungs-

strukturen komplettieren und das Unternehmen dadurch zu mehr Erfolg führen.

Das Cid-femmes begrüßt Ihren Schritt, Frau Ministerin, und wird mit Spannung die Statistiken verfolgen, die in den kommenden Jahren Aufschluss über den Frauenanteil in den Führungsetagen von Wirtschaftsunternehmen und anderen Organisationen geben werden.

Allerdings müssen Sie uns jetzt erklären, warum in der Politik nicht gelten soll, was Sie für die Wirtschaft ins Feld führen. Quoten in der Politik sollen allein „Privatsache“ der Parteien sein, und ein Lob gebührt den Parteien, die sich feste Frauenquoten setzen? Da machen Sie es sich aber sehr einfach - und dies gilt auch für alle Parteien, die ihre Wahllisten nicht 50/50 zwischen Frauen und Männern aufteilen.

Die Angst vor der Quotenpolitikerin ist offensichtlich größer als die vor der Quotenaufsichtsrätin. Wo bleibt da die Kohärenz? Was Sie von der Wirtschaft fordern, müssen Sie auch in der Politik einführen!

Das Cid-femmes bleibt dabei: Quoten helfen, Parität in der Politik zu schaffen. Quoten sind ein effizientes Übergangsinstrument und dienen dazu, die politische Partizipation von Frauen in der Politik voranzubringen.

Und mit einem kleinen Augenzwinkern legen wir diesem Schreiben ein Foto bei, das am 27.10.2009 vor dem Parlament aufgenommen wurde, als der 90. Jahrestag der Einführung des Wahlrechts für Frauen gefeiert wurde (Foto: Cocard/Chambre des députés). Das Spruchband, hinter das Sie sich fürs Foto gestellt haben, steht Ihnen auch 2011 noch gut!